

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

26.10.1928 (No. 251)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 963 und 964. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Krenn Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche. Falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbandverleger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Berliner Tagung des Deutschen Beamtenbundes

Der Reichsinnenminister an die Beamenschaft
Bei der öffentlichen Kundgebung am Donnerstag in Berlin, über die bereits berichtet wurde, erklärte für die Reichsregierung Reichsinnenminister Severing:
Die Deutsche Reichsregierung wisse sich verbunden mit einem freudigen, staatsbejahenden Berufsbeamtentum. Neben der Opferwilligkeit und Verantwortlichkeit der deutschen Arbeiterschaft war es das Berufsbeamtentum, das im Jahre 1918 Volk und Land vor dem Schlimmsten bewahrte. Das Reich weiß diese Dienste zu schätzen und denkt nicht daran, das Berufsbeamtentum abzuschaffen oder zu mindern. Der Minister sagte dann zu, daß alle Beamtenrechte noch in dieser Gesetzgebungsperiode verabschiedet werden sollen, und erklärte, daß man durch einen Abbau von Beamten eine Verwaltungsreform nicht erreichen könne. Der Minister dankte dafür, daß der Beamtenbund sich fest mit der Republik verbunden fühle. Leider ergebe sich aber manchmal, daß nicht alle Berufsbeamten auf diesem Standpunkt stehen. „Ich trete stets für eine Besserung der sozialen Stellung und für das Recht der freien Meinungsäußerung ein. Wenn sich aber Organisationen im Deutschen Reich aufbauen, die den Staat gegen die Republik auf ihre Fahne schreiben, und ihre Absicht verkünden, das deutsche Staatswesen überrennen zu wollen, so haben die verantwortlichen Stellen der Republik die Verpflichtung, die Reihen dieser Organisationen daraufhin zu prüfen, ob nicht auch Berufsbeamte dabei sind. (Lebhafte Zustimmung.) Dann werde sich der Minister daran zu erinnern haben, daß es nicht nur Beamtenrechte gibt, sondern auch Bestimmungen, die diese Rechte begrenzen.“
Präsident Hugel dankte Minister Severing. Er erklärte zum Schluß, auch der Deutsche Beamtenbund ist der Ansicht, daß es unmöglich ist, daß ein Beamter in einem Staat und für einen Staat Dienst tut, der diesen Staat verneint, oder ihm feindselig gegenübersteht. (Lebhafte Beifall.)
Nach weiteren Begrüßungsansprachen nahm der erste Referent des Tages, Reichsminister a. D. Dr. Davib, das Wort. Er führte aus: Die Schwierigkeiten fester Mehrheitsregierungen seien nicht Nachteile des neuen Systems, sondern nur Folgen ungenügender politischer Reife, die die Obrigkeit stark geneigt habe. An der politischen Führung des Volkes habe nun vor allem auch die Beamenschaft mitzuwirken. Der Redner schilderte dann den Wert der Demokratie, die das Zusammengehörigkeitsgefühl einweide, revolutionärer Gewaltanwendung den moralischen Boden entziehe und damit vor gewaltsamen Störungen schütze. Die wichtigste Folge der Demokratie sei aber die Charakterbildung des Staatsbürgers. Dann erweiterte Dr. Davib die neuen verfassungsrechtlichen Freiheiten des Beamten, für die es allerdings eine Grenze gebe, weil dem Beamten auch außerordentlich das Ansehen der autoritativen Persönlichkeit anhafte. Deshalb dürfe er nach dem Gesetz über die Pflichten des Beamten nicht gehässig oder aufreizend für Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik wirken.
Geheimrat v. Dufing hatte sich das Thema gestellt: „Probleme der Verwaltungsreform, insbesondere Reform des Beamtenrechts“. Er erinnerte zunächst an den bekannten Vers: „Der Bureaucrat tut seine Pflicht von 10 bis 4, mehr tut er nicht!“, erklärte aber, er selbst habe als Disziplinarrichter diesen Beamten niemals gefunden. Die hohe Beamtenzahl führte der Redner darauf zurück, daß trotz der Warnungen der Beamtenorganisationen immer neue Aufgaben in die öffentliche Hand gelegt würden. Darum trete die Beamtenchaft lebhaft für Reichs- und Verwaltungsreform ein. Allerdings sei sie unmöglich auf dem Wege des Beamtenabbaus. Notwendig sei ein Behördenabbau. Der Redner machte dann Einzelvorschläge für die Reichsreform im Sinn des Einheitsstaates. Zum Schluß verlangte er die Erfüllung der Verfassungszusagen für die Beamten, die baldige Verabschiedung eines Beamtenvertretungsgesetzes eines allgemeinen Beamtengesetzes, eines Dienststrafgesetzes und eines Unfallversicherungsgesetzes, und zwar nach freiheitlichen und sozialen Grundsätzen.

Im Anschluß an die öffentliche Kundgebung führte der Beamtenbund in geschlossener Sitzung seine sachlichen Beratungen fort. Namens des Bundesvorstandes erläuterte Raack die Reformvorschläge der Bundesleitung für die Bundesverfassung. Sie gehen im großen und ganzen dahin, die verantwortliche Stellung des Bundesvorsitzenden zu härten, daß weiter der Bundesaufbau klarer gestaltet und daß schließlich eine verantwortlichere und verbindlichere Mitarbeit der Träger des Bundes gewährleistet werden solle.
Dann wurden die weiteren Plenarberatungen auf Freitag betagt, um den Ausschüssen Gelegenheit zur vorbereitenden Arbeit zu geben.

Eisenbahnkatastrophe in Rumänien

50 Tote und Verletzte
Bukarest, 26. Okt. Der von Bukarest kommende Simplon-Express ist heute nacht um 2 Uhr auf dem Bahnhof Recca, 8 Kilometer von Slatina entfernt, mit einem Schnellzug zusammengefahren. Die Züge prallten so heftig aufeinander, daß ein Schlafwagen des Simplon-Express vollkommen zerstört wurde, ferner zwei Personenwagen, ein Gepäckwagen und der Postwagen des Schnellzugs. 50 Personen wurden getötet bzw. verletzt. 25 Verwundete wurden in das Krankenhaus von Slatina übergeführt. Es ist noch unbekannt, wer sich unter den Opfern befindet.

Letzte Nachrichten

Das Reparationsproblem

Keine günstigen Ausichten

M. Berlin, 26. Okt. (Priv.-Tel.) Die Reichsregierung, deren Vertreter gestern eine Aussprache mit dem wieder nach Berlin zurückgekehrten Reparationsagenten Parker Gilbert hatten, wird voraussichtlich in ihrer heutigen Sitzung sich mit der Reparationsfrage beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß in der Sitzung, die in der Hauptsache der Beratung des Etats für 1929 gilt, der Reichsfinanzminister über seine Besprechungen mit Parker Gilbert Bericht erstatten wird. Die Grundlage der Beratungen werden die Mitteilungen Parker Gilberts über seine Erfahrungen in den verschiedenen Hauptstädten bilden. Innerhalb der Reichsregierung und anderer amtlicher Kreise sind die Auffassungen über das, was geschehen kann, vorerst noch geteilt. Es fragt sich, ob Deutschland überhaupt die Initiative ergreifen soll. Man befürchtet nämlich, daß, wenn hier ein Fehlschlag eintritt — die Gesamtsituation werden als nicht gut beurteilt —, Deutschlands Situation sich erheblich verschlechtert. Dem Vernehmen nach liegen nach Gilberts Mitteilungen die Dinge nicht besonders günstig, es sollen auch kaum Zugeständnisse an Deutschland zu erwarten sein.

An der Besprechung, die am Donnerstag mit dem Reparationsagenten in der Reichskanzlei in Berlin stattfand, nahmen außer Reichsminister Müller und Reichsfinanzminister Dr. Gilbert auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und Reichsbankpräsident Dr. Schacht teil. Die Besprechung dauerte etwa 1½ Stunden und galt im wesentlichen der Unterrichtung der deutschen Stellen über die Ansichten in dem an der Reparationsfrage interessierten Ausland. Im übrigen wird in den beteiligten Kreisen über den Inhalt der Verhandlung strengstes Stillschweigen bewahrt. Ein Weg wäre nun, daß das Reichskabinett zusammentritt, und daß dann dem Reparationsagenten der deutsche Standpunkt über die Pläne mitgeteilt wird, die zu der Einsetzung des Gutachterausschusses für die Reparationsfrage führen sollen.

Das Pariser Blatt „Eclair“ will wissen, daß die Zusammenlegung des internationalen Finanzausschusses bereits am Dienstag bekanntgegeben werden soll. Die Hauptkommission soll ihren Sitz in Paris bekommen, während einzelne Unterkommissionen nach Berlin überföhrbar sollen, um die Fühlung mit der Reichsregierung aufrecht zu erhalten. Der französische Hauptbelegierte wird der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, sein, wie überhaupt die Präsidenten der verschiedenen Notenbanken eine besondere Rolle spielen werden. Am Dienstag wird gleichfalls Poincaré im französischen Ministerrat Bericht über seine Unterredungen mit Churchill und Gilbert erstatten und im Anschluß daran Vorschläge über die französische Vertretung in der Kommission machen.

Die Dokumente über das Marineabkommen

M. Berlin, 26. Oktober (Priv.-Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, soll bei genauer Untersuchung der Affäre der Dokumente über das englisch-französische Marineabkommen — die bekanntlich einem amerikanischen Journalisten in die Hände fielen — der Untersuchungsrichter mehrere Schriftstücke entdeckt und sie Sachverständigen zur Prüfung übergeben habe. Es handelt sich um Schriftstücke, die in der Wohnung des französischen Journalisten de la Plaque gefunden wurden. Einige Pariser Blätter behaupten, daß de la Plaque auch Vertreter mehrerer deutscher Zeitungen in Paris gewesen sei.

„Graf Zeppelin“ wartet besseres Wetter ab

W. A. Katschur, 26. Okt. (Tel.) Dr. Geuer gab bekannt, daß der geplante große Ausflug des „Graf Zeppelin“ bis nach Eingang der morgigen Wetterberichte hinausgeschoben worden ist. Die gegenwärtige Windstärke wird nicht als günstig für die Herausnahme des Luftschiffes aus der Halle angesehen.
Die Good Year Zeppelin Co. teilt mit, daß eine Dame und fünf Herren von 50 Wemern als zahlende Passagiere für den Ausflug des „Graf Zeppelin“ ausgewählt sind. Der Fahrpreis beträgt je 3000 Dollar.

Dr. Berlin, 26. Okt. (Tel.) Die Montagearbeiten für den Ankermast auf dem Staatener Zeppelin-Hafen, an dem der „Graf Zeppelin“ während seines Berliner Aufenthalts festgemacht werden wird, sind jetzt so weit gediehen, daß der Mast mit seinem Kopfgestell am Samstag, spätestens am Montag, vollkommen fertiggestellt sein wird. Auch sonst hat man in Staaken alle Vorbereitungen für den Empfang des Luftschiffes getroffen.

Die Bremischen Häfen in voller Arbeit

W. A. Bremen, 26. Okt. (Tel.) Die Arbeit an den Schiffen in den Bremischen Häfen geht ungehindert fort. Ein Übergreifen der Rorkommunisten, die die Kommunistenterrorakte usw. gegen Hafenarbeiter (Schauerleute) hat in Bremen nicht stattgefunden. Es wird an allen Schiffen gearbeitet, darunter an zwei Dampfern der Sowjetregierung, die des wilden Hamburger Kommunistenstreiks wegen von Hamburg nach Bremen verlegt worden sind.

Wirtschaftliche Umschau

Außenhandel und Zahlungsbilanz — Der Aufbau der Kaliindustrie

Die deutsche Außenhandelsbilanz für September teilt zwei erfreuliche Tatsachen mit: Der Überschuf des Werts der Einfuhr hat sich im September abermals verringert, und zwar auf 28 Mill. Reichsmark, außerdem ist die Fertigwarenausfuhr derart gestiegen, und die Einfuhr an Fertigwaren hat sich derart vermindert, daß auf der Spalte Fertigwaren die Aktivität rund 614 Mill. Reichsmark ausmacht. Ein Ergebnis, das bisher seit der Stabilisierung zum erstenmal erreicht worden ist. Da die ersten Mitteilungen des Statistischen Reichsamts nur vorläufige Angaben machen, die bei den späteren offiziellen Zahlen erfahrungsgemäß dahin berichtigt werden, daß die Einfuhr etwas zu hoch, die Ausfuhr zu niedrig eingeschätzt ist, kann angenommen werden, daß dieser September seit langem zum erstenmal wieder eine aktive Monatshandelsbilanz gebracht hat.

Freilich muß auch die Tatsache berücksichtigt werden, daß die Einfuhrüberschüsse im dritten Jahresviertel regelmäßig zurückgehen, also das günstige Ergebnis mit saisonbedingt ist, daß ferner bereits die gute Ernte die Lebensmittelzufuhr droffelte. Das wichtigste bleibt aber dennoch die günstige Entwicklung der deutschen Fertigwarenausfuhr, von deren Gestaltung ja die Entwicklung unserer Wirtschaft in erster Linie abhängt. In diesem September entfallen über Dreiviertel der deutschen Ausfuhr auf die Fertigwaren. Da seit der Stabilisierung hier ein deutliches Ansteigen zu erkennen ist, läßt sich sagen, daß der Wert der deutschen Arbeit im Ausland dauernd mehr anerkannt wird, und dies trotz aller Zollschranken, die man gegen sie aufrichtete. Die Ausfuhr an deutschen Fertigwaren hatte im September einen Wert von über 800 Millionen Reichsmark. Der Wert der Einfuhr an Fertigwaren betrug nur 186 Millionen Reichsmark. Nur in der Textilindustrie ist ein Rückgang der Ausfuhr nach einer allerdings starken Steigerung im August zu verzeichnen, wobei aber auch die Septemberausfuhr erheblich über dem bisherigen Monatsdurchschnitt bleibt. Ähnlich verhält es sich mit der Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen. Starke Zunahmen zeigen besonders die Ausfuhrzahlen für Maschinen, Walzwerkzeugnisse und Eisenwaren.

Die deutsche Volkswirtschaft ist freilich noch weit von dem Ziel entfernt, aus ihrer Arbeit ihre Zahlungsbilanz auszugleichen, dazu liegen die Reparationen und die Verzinsung und Amortisierung der Auslandsanleihen zu schwer auf ihr. Die vergangenen Jahre nach der Stabilisierung der Währung waren alle passiv, d. h. unsere Verschuldung an das Ausland ist dauernd gestiegen. Hier muß ein Willkürpassebuch erst eingeholt werden.

Nicht unbedeutend könnte volkswirtschaftliche Einsicht der deutschen Verbraucher unsere Handels- und Zahlungsbilanz verbessern. Vor kurzem wurde z. B. über die unnütze Verwendung von teuren ausländischen Hölzern im Baugewerbe geklagt, die bis in den tiefsten Schwarzwald vorgedrungen seien. Für solche Hölzer wird jährlich eine halbe Milliarde Reichsmark ins Ausland geschickt. Dabei sind z. B. für Verwendung zu Fußböden deutsche Hölzer viel preiswerter. Ein Birch-pineoriginalboden kostet fast ebensoviel wie ein echter Eichenboden, und ein Boden aus dem weichen und schlechten Oregonholz ist ebenso teuer wie Buchenparkett. Nur Reklame, nicht bessere Qualität, verschafft den amerikanischen Kaffierlingen großen Absatz in Deutschland. Keine Mode ist der Verbrauch französischer Parfümerien. Mit Milchprodukten, Butter und Käse, wird mit der Zeit die deutsche Landwirtschaft unseren Bedarf decken können, wenn die zuletzt wieder in Heidelberg gegebenen Anregungen auf Qualitätserzeugung befolgt werden. Auch in der Produktion von deutschem Obst kann noch vieles geschehen. In das gleiche Kapitel gehören nicht notwendige Auslandsreisen und Aufenthalte im Ausland. Wir befinden uns einfach in einer volkswirtschaftlichen Zwangslage. Die Schwierigkeiten auf dem Markt der Auslandskredite weisen uns eindringlich darauf hin, daß wir sie nicht zu Konsumzwecken verwenden dürfen, sondern daß das Auslandsgeld nur dem Zweck der Verbesserung der Produktion dienen darf.

In der deutschen Kaliindustrie ist eine neue große Transaktion zwischen den beiden großen Konzernen

Wintershall und Burbach (welch letzterer bekanntlich am Kolbergwerk Buggingen beteiligt ist) erfolgt. Wintershall hat ein Minoritätenpaket von Wintershallkonzern im Wert von 40 Mill. Reichsmark erworben, das bisher im Besitz der Burbachgruppe war und das ihm nun im eigenen Haus freiere Hand gibt. Burbach hat dafür die Minoritätsbeteiligungen des Wintershallkonzerns an seinen Werken, die aber nur einen Teil des Kaufpreises ausmachen, in Zahlung genommen. Die beiden Konzerne weisen jetzt einen gleichartigen Aufbau auf. Wintershall hat in der Dachgesellschaft „Kaliindustrie-A.G.“ die Majorität, während bei Burbach wohl in absehbarer Zeit alle Tochtergesellschaften in der „Kriegerhall-A.G.“ zusammengefasst werden. Dieser Tage erfolgte starke Kurssteigerungen der Aktien der Kriegerhall-A.G. werden mit einer bevorstehenden Kapitalerhöhung der Gesellschaft in Verbindung gebracht. Zwischen den beiden Gruppen bestehen kaum Unstimmigkeiten. Ein klarer Konzernaufbau wird ihnen aber die Verfolgung der großen chemischen und sonstigen Probleme der Kaliindustrie (Mischdüngerherstellung) erleichtern.

Es heißt, daß die Transaktion auf Anregung des deutschen Kalisyndikats erfolgt ist, das als Zwangssyndikat bekanntlich durch das Kaligesetz von 1910 geschaffen wurde, um einer Überproduktion vorzubeugen und dem es auch daran liegen muß, Konfliktsstoffe aus der Welt zu schaffen, die immerhin durch unausgeglichene Besitzverhältnisse in den großen Konzernen entstehen können. Die deutsche Kaliindustrie hat im vergangenen Jahr eine recht günstige Entwicklung genommen. So wohl qualitativ wie quantitativ stieg der Absatz. Die ersten fünf Monate des Düngejahres (Mai bis September) brachten eine Erhöhung des Absatzes um rund 1 Mill. Doppelzentner auf 5,16 Millionen. Die Idee eines großen deutschen Kalitrusts, von dem schon seit langem gesprochen wird, scheint übrigens zur Zeit an Boden verloren zu haben. Aber auch die nun erfolgte Klärung der Besitzverhältnisse der großen deutschen Konzerne ist als Fortschritt in der Richtung eines geschlosseneren Aufbaus der deutschen Kaliindustrie anzusehen.

Einigung zwischen Japan und China

Dr. Wang und Jata, dem japanischen Generalkonsul in Shanghai, hat zu einem Übereinkommen über die Revision des sinesisch-japanischen Handelsvertrags und der Zwischenfälle von Tsinan, Nanking und Hankau geführt. Die Bedingungen für die Regelung des Finanzwiderstands sind, nach Meldungen aus chinesischen Kreisen, daß Japan sich bereit erklärt, seine Truppen aus Schantung zurückzuziehen, aber Bürgschaften für die künftige Sicherheit seiner Untertanen verlangt. Beide Seiten erklären sich bereit, die Bürger des anderen Staates für Verluste an Leben und Eigentum zu entschädigen. Ein internationaler Ausschuss soll ernannt werden, um festzustellen, wer für den Beginn der Unruhen verantwortlich ist.

Es heißt, daß China wahrscheinlich die Frage der Gültigkeit der alten Verträge umgehen und auf einer neuen Grundlage in voller Gleichberechtigung zur Regelung des Finanzwiderstands und anderer ähnlicher Zwischenfälle schreiten werde, indem die nationalistische Regierung ihr Bedauern über den Zwischenfall ausdrückt und sich bereit erklärt, japanische Untertanen für ihre Verluste zu entschädigen. Der Sanktionswiderstand, der für weniger wichtig angesehen wird, befindet sich — wie verlautet — auf dem Wege einer reibungslosen Schlichtung. Wang und Jata werden jetzt die Bedingungen der Regelung ihren Regierungen zur Billigung unterbreiten.

Streit in belgischen Kohlengruben. Donnerstag vormittag ist in allen Kohlengruben von Perennes, Nefais, Leval, Rant, St. Abegonde und Genoc ein Streik ausgebrochen. Die Ausständigen, deren Zahl sich auf mehrere tausend beläuft, verlangen Lohnerhöhung.

Badisches Landestheater

Ein Maskenball

Man mag über das schlechte fünfstellige Literatenfabrikat, das Verbis „Maskenball“ zugrunde liegt, denken wie man will, kaum beginnt die Overtüre, diesmal übrigens etwas farblos interpretiert, und trotzdem nimmt die Musik sofort gefangen. Noch ist es zwar keine Partitur, ähnlich den von wunderbarer Reife und Schönheit strotzenden Spätwerken, aber es verrät doch die geniale Handschrift des Fünfundvierzigjährigen, der soeben mit Rigoletto, Il trovatore und La traviata seine populärsten Triumphe gefeiert hat. Daraus erklärt sich freilich auch das tragische Schicksal des Werkes, das trotz seiner musikalischen Erhebungen und trefflicheren Eingebungen sich noch nirgends im Spielplan behaupten konnte. Für eine starke Mehrheit der Theaterbesucher bleiben eben jene Opern die Hauptattraktionen, obwohl gegenüber der Befriedigung einer rein äußerlichen Unterhaltungslust im „Maskenball“ eine starke innerliche Vereinerung zweifellos hinzutritt, obwohl Verbis zu seiner musikalischen Routine und zu seinem sicheren Blick für effektvolle Wirkung manches entscheidend Charakteristische hinzugelernt hat.

Die Neueinstudierung hielt sich im allgemeinen auf adäquater Höhe. Die beste sängerische Leistung des Abends bot zweifellos Fina Reich-Dörich, die als Amelia zugleich für das hochdramatische Fach gastierte. Aber ihre stimmlichen Qualitäten braucht man nach dieser einwandfreien Durchführung einer der schwierigsten Partien wohl kaum mehr zu rühmen. Es wäre tatsächlich eine begrüßenswerte Entlastung, wenn es gelang, diese große Sängerin zu verpflichten. Zweifelsfreie Entfaltungen löste allerdings die darstellerische Seite aus, aber für eine Opernbühne ist schließlich nicht bloß die hübsche Erscheinung entscheidend, die mehr oder minder den Wünschen der Galerie gerecht wird, sondern eine Künstlerin von Höchstkultur, die durch die Wahl ihrer stilistischen und technischen Mittel imponiert. In dieser Richtung hatte die Sängerin sowohl im zweiten als im dritten Akt so große Momente, daß man das Risiko an schauspielerischer Kunst völlig überließ und sich dem restlosen Genuß einer überragenden Stimmführung hingeben konnte. An überdurchschnittlicher Sangesbegabung wetteiferten außerdem mit ihr Carsten Derner (René) und Wilhelm Rentwig (Richard), die beide in der Steigerung und Entfaltung der dramatischen Handlung ebenfalls zu festen und für deren akustisch günstigen Ge-

Bayern und die Länderkonferenz

In maßgebenden bayerischen Kreisen ist man — nach einer Meldung aus München — mit dem Ergebnis der Länderkonferenz in Berlin, angesichts der Verhältnisse, unter denen die Konferenz zusammentrat, und angesichts der Umstände, unter denen sie verlief, nicht unzufrieden. Man weist darauf hin, daß die Konferenz nicht auf Beschlüsse festgelegt wurde, die für die weiteren Beratungen eine Marschroute im Sinne des Einheitsstaates vorgeschrieben hätten. Man sieht nach der Annahme der Entschliebung der Reichsregierung und der dazu gestellten Abänderungsanträge die Möglichkeit gegeben, daß in den Unterausschüssen Klarheit über die Ziele der Anhänger des Einheitsstaates, die Terminologie der Auftragsverwaltung und darüber geschaffen werden kann, inwieweit überhaupt Wille und Möglichkeit bestehen, diese Anschauungen in die praktische Wirklichkeit umzusetzen. Als besonders bedenklich dünkt man die Festlegung, daß an Erziehung und Eigenleben der lebensfähigen Staatsbewußten Länder nicht gerüttelt werden dürfe und könne.

Zur Länderkonferenz schreibt die amtliche „Bayerische Staatszeitung“ u. a.: Bayern hat sich von folgenden Gedankengängen leiten lassen:

„Alle Vorschläge, die darauf hinauslaufen, den staatlichen Charakter der Länder zu vernichten, sind für Bayern nicht diskutierbar. Wir lassen uns unter keinen Umständen das, was wir aus eigenen Rechten als Staat haben, nehmen. Eine weitere Vereinerung dieser Staatlichkeit ist unter keinen Umständen erträglich. Nur unter diesem Vorbehalt kann sich Bayern über den neu aufgeworfenen Begriff der Auftragsverwaltung praktisch unterhalten. Es müssen Sicherungen geschaffen werden, daß auf dem Wege über eine solche Auftragsverwaltung die bestehende Staatshoheitsverwaltung nicht aufgelöst werde. Auf jeden Fall muß die Justizverwaltung, die innere Verwaltung, einschließlich Soziales und die kulturelle Verwaltung, Sozialsverwaltung der Länder bleiben. Es liegt keinerlei Grund vor, etwa auch noch eine Reichskulturverwaltung zu schaffen. Alle diese Ambitionen widersprechen der Forderung nach der Vereinfachung und Vereinfachung unserer öffentlichen Verwaltung. Das sind Vorschläge, die geradezu die innere Einheitlichkeit des Reiches gefährden.“

Sogutagen die Durchführung auf diese Ausführungen war die Entschliebung der Reichsregierung. Nach der bisherigen Einstellung Bayerns ist die genannte Entschliebung tatsächlich alles andere als eine brauchbare Grundlage für eine geordnete Fortführung der Konferenzberatungen. Die Programmpunkte 1 bis 5 sind doch nur alte Bekannte aus der Kistlammer der Förderer des Einheitsstaates. Punkt 6 und 7 zeigen unitarische Tendenz in Meinlichkeit, also das Bestreben, die ganze Gesetzgebung und Verwaltung der Länder mit allen ihrem Zubehör, soweit sie auf eigenem Recht fundiert ist, ein für allemal aufzuheben. Mit anderen Worten: die Länder sollen des Charakteristums ihres eigenstaatlichen Seins beraubt und sie so zu Verwaltungskörpern des Reichs unter dessen schematisierter Einheitskontrolle mediatisiert werden. Aber diese letzten Ziele der Entschliebung täuscht nichts hinweg. Die vom Reich angebotene Auftragsverwaltung berechtigt Kontrolle, Kontrolle aber ist der aus sich selbst gebende Gegenpol der Selbstständigkeit. Auf eben diese Selbstständigkeit im eigenen Hause oder kann Bayern, können überhaupt alle auf die Selbstständigkeit bedachten deutschen Länder nicht verzichten, wenn sie sich nicht gleich heute schon als „dem Reichstag verantwortliche“ Reichsprovinzen betrachten wollen.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag u. a. den Vertrag mit der Tschechoslowakei über die Grenzgebiete und ein Abkommen mit Holland über Zusammenlegung der Grenzabfertigung im Rheinisch-Westfälischen Gebiet.

Antrag auf Auflösung des Mecklenburgischen Landtags. Die Landtagsaktion der Deutschnationalen Volkspartei in Schwerin hat entsprechend den bereits erfolgten Aufhebungen folgenden Antrag eingebracht: „Wir beantragen, der Landtag solle beschließen: Die Wahlperiode des Landtags endet am 31. Januar 1929.“

Zur Verfassungs- und Verwaltungsreform. Nachdem am Mittwoch beschlossen worden ist, zwei Unterausschüsse in Sachen der Verfassungs- und Verwaltungsreform zu bilden, ist bereits am Donnerstag an die Länderregierungen die Anfrage ergangen, welche Vertreter sie in diese beiden Ausschüsse zu entsenden gedenke. Die Ausschüsse werden dann alsbald zusammenzutreten.

Die Christlicher Arbeiter wurden neuerdings wegen Fluchtverdachts wieder verhaftet.

Titulescu wird nächste Woche nach London in seiner früheren Eigenschaft als rumänischer Gesandter zurückkehren.

Ausstellung Vincent van Gogh in der Badischen Kunsthalle in Karlsruhe

Zur Ausstellung „Vincent van Gogh“ in der Badischen Kunsthalle, Hans-Thoma-Straße 2, wird uns folgendes geschrieben: Es wird die Besucher der Ausstellung interessieren, auf welche Art diese große Sammlung, die neuerdings staatlich holländischer Besitz geworden ist, und in einem eigens zu erbauenden Museum ihren dauernden Platz in Holland finden wird, zusammenkam. Die Schwester der Silber, Frau Dr. h. c. Kröller-Müller in Haag, eine geborene Düsseldorferin, deren künstlerischer Geschmack nicht genug gewürdigt werden kann, kaufte gegen 1910 die erste Zeichnung von van Gogh für 14 holländische Gulden. Es folgte der Ankauf eines ersten Gemäldes für 100 Gulden. Dann wurde, vor und zu Beginn des Krieges, in Gruppen von je fünf bis sechs Werken, das Gros der Sammlung zu immer noch verhältnismäßig geringem Preis erworben, und zwar meist von den ursprünglichen Besitzern, seltener auf Versteigerungen und fast nie aus dem Kunsthandel. Bekanntlich hat van Gogh zu seinen Lebzeiten nur ein einziges Mal ein paar kleine Arbeiten losgeschlagen können. Der heutige Wert der in der Kunsthalle gezeigten Sammlung seiner Werke, die etwa den neunten Teil seines gesamten Schaffens darstellt, beträgt mehrere Millionen Reichsmark!

Den diesjährigen Nobelpreis für Medizin soll der Direktor des Pasteur-Instituts in Tunis, Prof. Charles Nicolle, erhalten.

Stresemanns Rückkehr

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat laut „N. Z.“ als Vorsitzender der Deutschen Volkspartei den Parteivorstand auf den 2. November nach Karlsruhe einberufen. Die Tagung des Zentralvorstandes ist auf den 24. November verlegt worden.

Dr. Stresemann, der ursprünglich die Absicht hatte, am 1. November seine Tätigkeit aufzunehmen, wird dem gleichen Blatt zufolge, seine Amtsgeschäfte voraussichtlich am 5. November wieder übernehmen. Sein Befinden hat sich weiter wesentlich gebessert, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß ihm die Kur auch in Wiesbaden sehr gut bekommen ist. Etwa zu gleicher Zeit wie der Außenminister, wird auch Staatssekretär v. Schubert, der sich auf seiner Bestimmung im Saargebiet aufhält, nach Berlin zurückkehren.

Die Bewährungsfrist im neuen Strafgesetzbuch

Der Reichstagsausschuss für die Strafrechtsreform setzte am Donnerstag seine Beratungen über die Voraussetzungen des bedingten Strafes fort. Nach § 41 des Entwurfes wird der bedingte Strafes nur bewilligt, wenn die Persönlichkeit des Verurteilten, sein Vorleben und sein Verhalten nach der Tat die Erwartung begründen, daß er künftig ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben führen werde. Bedingter Strafes soll nicht bewilligt werden, wenn das öffentliche Interesse oder die Rücksicht auf den Verletzten die alsbaldige Vollstreckung der Strafe erfordern. Nach längerer Aussprache blieb es bei der Fassung der Vorlage.

§ 42 des Entwurfes bemittelt bei Bewährung des bedingten Strafes die Bewährungsfrist auf 1—5 Jahre. Ein Vertreter des Ministeriums war einverstanden mit der von den Sozialdemokraten beantragten Einigung, daß bei der Bemessung der Probezeit, insbesondere Art und Maß der bewirkten Strafe zu berücksichtigen sein sollen. — Mit dieser Änderung wurde § 42 angenommen.

Nach § 49 des Entwurfes kann bei Zuchthausstrafen auf 2-jährigen Verlust des Wahl- und Stimmrechts erkannt werden, bei Todesstrafe oder lebenslangem Zuchthaus wird das Wahl- und Stimmrecht vollständig aberkannt. Die Kommunisten wollten mit Rücksicht auf die wegen politischer Vergehen Verurteilten diesen Satzungen streichen. Sie wurden von den Sozialdemokraten unterstützt, während der Zentrumsvorsteher in dem Streidungsantrag eine Entwertung des Strafes erblickte, das gerade im demokratischen Staat das höchste Ehrenrecht sei.

Schließlich wurden die Anträge mit Stimmgleichheit abgelehnt; es blieb vorläufig bei der Fassung der Vorlage.

Die Thüringer Regierung gebildet

Donnerstagvormittag konnte der Unterhändler für die Regierungsbildung, Abg. Bauer, dem thüringischen Landtagspräsidenten folgende Ministerliste vorlegen: 1. Dr. Paulsen, Minister für Volksbildung und Wirtschaft, 2. Dr. Riedel, Sena, (D. Rp.), für Inneres und Justiz, 3. Zoelle, Finanzen. — Staatsräte: 1. Port-Neuf (Landbau), 2. Wadewitz, Rudolstadt (Landbau), 3. Krause-Stadt (Wirtschaftspartei), 4. Wenne, Gotha (Wirtschaftspartei), 5. Glöckner, Sonneberg (Dem.).

Gleichzeitig legten die bisherigen Regierungsparteien dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, wonach das Gesetz über die Gliederung der Landesregierung in Ministerien vom 8. März 1924 dahin abgeändert wird, daß sich die Landesregierung in fünf Ministerien gliedert, nämlich Finanzministerium, Innenministerium, Volksbildungsministerium, Justizministerium und Wirtschaftsministerium. Die Zahl der Minister und der ihnen zu übergebenden Ministerien setzt der Landtag bei Wahl der Landesregierung fest. Einem Minister können mehrere Ministerien zugewiesen werden. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten.

Staatspräsident Adelung, dessen, Ehren doktor. In der Technischen Hochschule zu Darmstadt hat am Donnerstag die feierliche Übergabe des neuen Rektorats stattgefunden. Die erste Handlung des neuen Rektors war die Vereidigung der Doktorwürde an den heftigsten Staatspräsidenten Adelung. Adelung ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Die Auszeichnung erfolgte, wie es in der Urkunde heißt, im Hinblick auf die außerordentlichen Verdienste Adelungs um die Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Interessen des Landes, insbesondere der durch die Befragung schwer belasteten Provinz Rheinhesen.

Die Prohibition in den Vereinigten Staaten. Nach einer Statistik des Washingtoner Justizministeriums sind auf Grund des Prohibitionsgesetzes bis zum 30. Juni 1928 insgesamt 60 000 Fälle mit Bußen von insgesamt sieben Millionen Dollar zur Verhandlung gekommen. Es wurden 22 ausländische und 400 amerikanische Schmuggelschiffe beschlagnahmt.

„Das Auge der Welt.“ Bühne für Kunst und Leben im Film.

„Das Auge der Welt.“ Bühne für Kunst und Leben im Film. Gastspiele in den Badischen Lichtspielen für Schule und Volksbildung. Es wird alle Kreise unserer Stadt interessieren, daß die Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung in diesen Tagen mit der „Bühne für Kunst und Leben im Film“, „Das Auge der Welt“, einen Vertrag auf mehrere Gastspiele in dieser Winteraison abgeschlossen haben. Bei diesen Veranstaltungen, die im Konzertsaal stattfinden werden, sollen Querschnittfilme, eine ganz neue Gattung des Films (Revuefilm), gezeigt und dazu Vorträge über die aktuellsten Zeitprobleme gehalten werden. Diese Gastspiele werden nicht nur ein Ereignis für die sündigen Besucher der Lichtspieltheater sein, sondern auch das Interesse und die Anerkennung der bisherigen Gegner und Film pessimisten finden. Das erste dieser Gastspiele wird bereits in aller nächster Zeit stattfinden, und zwar „Henry Forten“, Leben und Laufbahn einer Filmkünstlerin, ein Querschnittfilm. Henry Forten zählt nicht nur zu den künstlerisch interessantesten, sondern wohl auch zu den volkstümlichsten Darstellerinnen im Film. Es ist daher eine nur zu begrüßende Aufgabe, durch Reben einanderstellen von typischen Bildern aus den verschiedenen Lustspielen, Dramen, Kostümfilm und Doppelrollenfilmen der Jahre 1909 bis 1928, in denen sie mitwirkte, zu zeigen, wie sich diese Künstlerin entwickelt hat in allem, was inwieweit typische Filmkunst geworden ist. Den begleitenden Vortrag zu diesem ersten Gastspiel wird Herr Dr. Oskar Kalbus, der Referent der Kulturfilmabteilung der Universitäts-Film-Aktiengesellschaft in Berlin halten, der schon von früheren Vorträgen in den Badischen Lichtspielen bestens bekannt ist.

Zeitschriftenschan

Wöchentliche illustrierte Zeitung. Wer sich über das Thema „Nachwachen“ unterrichten will, lese die spannenden Ausführungen „Mond und Traum“ in der neuesten Nummer der wöchentlichen illustrierten Zeitung. Aus dem weiteren Inhalt nennen wir die Bildaufsätze „Deutsche Flugzeuge in Südamerika“, „Mit Wurfspieß und Schlinge“, „Tragödien“ und „Nennen Sie Berlin von oben?“ Für die Frauen werden die Modestoffe des Winters gezeigt. Mit dem Theater, Film und den Tagesereignissen befaßt sich eine Reihe von gutbilderten Seiten.

Badischer Teil

Dr. Stresemann stattet der badischen Regierung einen Besuch ab

Wie wir vernehmen, wird Reichsaussenminister Dr. Stresemann am 31. Oktober der badischen Regierung einen Besuch abstatten.

Zuwendungen an Familien anlässlich der Geburt des siebenten und jeden weiteren Kindes

Die Badische Regierung hat beschlossen, Eltern badischer Staatsangehörigkeit bei der Geburt des siebenten und jedes weiteren Kindes, sofern die übrigen Kinder noch am Leben sind, eine Staatsbeihilfe von 50 Reichsmark zu überweisen, wenn sie in Baden ihren Aufenthalt haben. Anträge auf Gewährung einer solchen Zuwendung für nach dem 31. März 1928 geborene Kinder sind durch Vermittlung des Bürgermeisters des Wohnorts der Eltern oder der Mutter oder falls ein fester Wohnsitz nicht besteht, durch Vermittlung des Bürgermeisters des Geburtsortes des Kindes beim zuständigen Bezirksamt einzureichen, welches auf Verlangen weitere Auskunft erteilt. Bei Zwilling- u. m. Geburten werden den Eltern für jedes Kind 50 Reichsmark ausgehändigt. Auf die Wochenhilfe nach der Reichsversicherungsordnung oder auf eine etwa vom zuständigen Bezirksfürsorgeverband zu gewährenden Wochenfürsorge bleibt die Staatszuwendung ohne Einfluss. Eine gleichzeitige Antragstellung auf Gewährung einer Zuwendung der Badischen Staatsregierung und auf Abernahme der Ehrenpatenschaft durch den Herrn Reichspräsidenten ist daher nicht ausgeschlossen. Die Staatsbeihilfe wird vom Landrat oder seinem Stellvertreter, dem Bürgermeister oder einem Bezirksrat, möglichst umgehend den Eltern (Vormund) unter gleichzeitiger Überreichung des Handschreibens des Ministers des Innern ausgehändigt.

Reiseverkehr mit Frankreich

Für die Erteilung von Sichtvermerken für deutsche Staatsangehörige durch die französischen Konsularbehörden ist seitens der französischen Regierung eine Neuregelung getroffen worden.

Im Hinblick auf diese Regelung werden aus Gründen der Gegenseitigkeit von sofort ab für die Einreise französischer Staatsangehöriger nach Deutschland folgende Arten von Sichtvermerken gegen Erhebung der dazu genannten Gebühren erteilt:

1. Durchreisepässe zu einmaligen Durchreisen, sowie Sichtvermerke zu einmaligen Ein- und Wiederausreisen mit 1tägiger Gültigkeit 1 RM.
2. Sichtvermerke zu beliebig häufigem Grenzübertritt mit zweijähriger Geltungsdauer 8 RM.

Tagungen

Der Landesverband badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen veranstaltet am 4. November 1928 in Baden-Wald eine außerordentliche Landesversammlung. Auf dieser sollen die anlässlich der ordentlichen Landesversammlung im Juni d. J. in Heidelberg nicht beratenen Anträge sowie weitere Anträge behandelt werden. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Art der Vergütung öffentlicher Arbeiter sowie um Stellungnahme zu den das Handwerk besonders schwer drückenden Steuern, insbesondere der Gewerbesteuer. Ferner wird der Vorherrscher des Reichsverbandes der Deutschen Handwerks, Kleinrentmeister Berlin in Hannover, einen Vortrag über „Zerfall des Handwerks“ halten, der gewiss allgemeinem Interesse begegnen wird.

Bezirksagung des Gebrauchsverbandes. Der Gebrauchsverband, dem in Deutschland rund 30 000 Kolonialwarenhandwerker, organisiert in 420 Genossenschaften, angehören, hielt in Freiburg eine Tagung der Bezirke Baden und Württemberg ab. Reichstagsabgeordneter Vorkmann (Generaldirektor des Gebrauchsverbandes) empfahl, die Gebrauchsverhältnisse als solche bekannt zu machen. Direktor Schill von der Zentrale Stuttgart, berichtete über Organisationsarbeiten in Baden und Württemberg. Herr Dorch, Heilbronn, referierte über den Verkauf durch Automaten, der speziell in Dänemark einen großen Umfang angenommen hat. Generaldirektor Vorkmann hält es für unpraktisch, wenn man sich in der Automatenfrage auf einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt stellen würde. Einer Verpfändung wurde auch die Wiedereinführung der Markenunterschieden, wobei zustimmende und ablehnende Ansichten über das Markenwesen getauscht wurden.

Lohnbewegungen in Baden

Ende des Arbeitskamps im Gipsergewerbe von Mannheim-Ludwigshafen. Der Landesrichter, Landrat Stehle, hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Mannheim vom 15. d. M. für verbindlich erklärt. Damit ist der Tarifstreit beendet und es dürfte mit der allbaldigen Wiederaufnahme der Arbeit zu rechnen sein.

Aus den Parteien

Wie aus Pforzheim verläuft, wird der Deutschen Volkspartei angehörige Landtagsabgeordnete Gündert (Pforzheim), der bekanntlich vor kurzem mit großer Mehrheit zum Oberbürgermeister von Pforzheim wiedergewählt wurde, bei der nächstjährigen Landtagswahl nicht mehr kandidieren.

Gemeinderundschau

Bulach vor der Eingemeindung nach Karlsruhe. Die Frage der Eingemeindung von Bulach nach Karlsruhe ist in ein entscheidendes Stadium getreten. In einer Bürgerversammlung im Rathaus wurden 234 Stimmen für und 15 gegen die Eingemeindung abgegeben. Der Almendgenuss der Bürger soll durch eine Parentschädigung abgelöst werden, die in Gruppe I (alte Bürger) jährlich 110, in Gruppe II (Bürger mittleren Alters) 45, Gruppe III (junge Bürger) 18 RM beträgt. Alle am Tage der Abschließung des Vertrages lebenden Kinder von Bürgern sind rentenberechtigt. Die Gemeinde Bulach zählt etwa 2400 Einwohner, sie verfügt über 529 Hektar eigenes Gelände, wovon 287 Hektar Acker, 56 Hektar Wiesen und 101 Hektar Wald sind.

Die Bretener Bürgerauschussführung. Wie gemeldet, hatten bei der letzten Bürgerauschussführung die Deutschnationale Fraktion durch eine Entschließung den Vorschlag abgelehnt, wogegen wiederum alle anderen Fraktionen Opposition bildeten. Daraufhin hat nun das deutschnationale Organ, das „Süddeutsche Volksblatt“, Gelegenheit zu scharfen Angriffen gegen führende Persönlichkeiten der Parteien genommen. Ob die nächste Bürgerauschussführung unter diesen Umständen den Vorschlag erlebigen kann, ist zum mindesten fraglich.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Mannheim, 25. Okt. Am Mittwoch wurde im Apollo die dritte Rabiausstellung des Arbeiteradverbundes Deutschland e. V., Ortsgruppe Mannheim, eröffnet. Die besonderen Bestrebungen gelten der Errichtung eines Ortsfinders in Mannheim, die auch schon von anderen Stellen befürwortet wurden. Während Freiburg mit rund 88 000 Einwohnern in einem Umkreis von 10 Kilometern einen Ortsfinder besitzt, hat Mannheim mit über 500 000 Einwohnern im Umkreis von 10 Kilometern noch keinen eigenen Finder, der gerade für Mannheim mit seiner ausgesprochenen Arbeiterbevölkerung am Platze wäre, damit auch Arbeiterbewerber mit billigem Gerät am Mundfunk teilnehmen können. Die Senderfrage ist nun vorläufig durch internationale Abmachungen geregelt, soll aber bei nächster Gelegenheit wieder aufgerollt werden.

Hd. Mannheim, 25. Okt. Das badische Innenministerium ließ gestern durch Schulrat Bed ein Dank- und Glückwunschschreiben dem Mannheimer Rektor Beder-Bender, dem Leiter der Mannheimer Knabenfortbildungsschule, und dem Hauptlehrer Wilhelm Stoll der hiesigen Fortbildungsschule anlässlich ihres 40jährigen Dienstjubiläums überreichen.

Hd. Heidelberg, 26. Okt. Generaldirektor Dr. Bergius, von hier, wird sich am 26. Okt. nach Amerika begeben und dort Deutschland auf dem Internationalen Kohlenkongress in Pittsburgh vertreten.

Hd. Wauer (H. Heidelberg), 25. Okt. Eine raffinierte Verbrecherbande scheint im badischen Unterlande ihr Unwesen zu treiben und es auf die Rathäuser abgesehen. So wurde vorlezte Nacht im hiesigen Rathaus eingebrochen — es ist der fünfte derartige Fall in der Heidelbergergegend —, wobei die Täter mit Stemmeln arbeiteten. Der Kassenschrank wurde umgelegt; doch waren die Bemühungen, ihn zu öffnen, erfolglos. Die Einbrecher sind darauf ohne Beute abgezogen. Bisher hat man keine Spur von ihnen.

Hd. Lauba, 25. Okt. Zu Ehren von Landesökonomierat u. Landtagsabg. Anton Sack, der über 10 Jahre lang reichlich im Lauberg und gewirkt hatte, veranstaltete der Berufsring „Lauber und Main“ in Verbindung mit dem Verein ehemaliger Winterschüler eine Abschiedsfeier. Nicht weniger als 15 Herren ergriffen nacheinander das Wort, um die Verdienste des Scheidenden auf den verschiedenen Gebieten zu würdigen. Der Gefeierte, der in den nächsten Tagen nach Wiesloch überjehelt, dankte für die Ehrungen und versprach, dem Frankenland auch fernerhin die Treue zu halten. Mit Landesökonomierat Sack wird auch Landwirtschaftsprofessor Schell nach Wiesloch überjeheln.

Hd. Oppenau, 24. Okt. Am Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 2 Uhr, feiert der Badische Schwarzwaldberein seinen diesjährigen Totengeburtstag für die im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des Badischen Schwarzwaldbereins am Selbendental in Allerheiligen. Im Anschluss an die um 10.08 und 12.13 Uhr eintreffenden Züge besteht Postautoverbindung.

Hd. Niederschach (H. Billingen), 25. Okt. Heute nacht ist hier das Wohn- und Wohnwirtschaftsgebäude des Landwirts Jakob Fries, eines der größten Bauernhäuser des Ortes, vollständig niedergebrannt. Die Feuerwehre machte sich auf die Lokalisierung des Flammenherdes, das durch 2200 noch nicht ausgebrochene Garben genährt wurde, beschränkt. Die Bewohner konnten noch rechtzeitig aus dem Schlafe geweckt werden. Es gelang, das Vieh sowie den größten Teil der Farnnisse zu bergen. An der gleichen Stelle war 1874 schon einmal Feuer ausgebrochen, wobei noch fünf weitere Häuser mit verbrannten. Niederschach wurde bekanntlich vor etwa 14 Tagen von zwei schweren Brandfällen heimgesucht.

Hd. Singen a. S., 26. Okt. Prof. Dr. Schauffelberger, Professor für Naturwissenschaften am Reformpädagogium in Singen, wird im nächsten Monat seine hiesige Stellung verlassen, um an einer Schule in San José de Costa Rica in Zentralamerika seine Tätigkeit fortzusetzen. Wegen seiner Forschungen auf prähistorischem Gebiet, insbesondere aber wegen seiner Studien über die Aachquelle und die Donauverbindung genoss Dr. Schauffelberger großen Ruf. Aus Anlass einer Dissertation über letzteres Thema verlieh ihm die Universität Zürich die Würde eines Dr. h. c.

Hd. Lörach, 26. Okt. Dieser Tage ging die Nachricht durch die Presse, daß bei der Sparkasse Egingen (Amt Lörach) Unterschlagungen festgestellt wurden. Zur Aufklärung der Öffentlichkeit sei darauf hingewiesen, daß es sich im vorliegenden Falle um keine öffentliche, sondern um eine private Sparkasse handelt, eine sogenannte „Ersparnisgesellschaft“. Dieser Fall lehrt, wie notwendig es ist, daß die wenigen noch vorhandenen nichtöffentlichen Sparkassen in öffentliche Bezirksparzellen aufgenommen und der Revision des Badischen Sparassens- und Giroverbandes unterstellt werden.

Hd. Konstanz, 25. Okt. Auf der Bodanwerft in Kressbronn wird zur Zeit der Riel gelegt für eine neue Trajektfähre, die für Friedrichshafen bestimmt ist, und die mit Dieselmotoren ausgerüstet werden soll. Bekanntlich trägt man sich in Württemberg mit dem Gedanken, eine Trajektverbindung mit den internationalen Schnellzügen herzustellen. Der Umbau des Hafenhöhofes in Friedrichshafen soll dazu benutzt werden, eine entsprechende Trajektkrappe im Hafen herzustellen, die auch das Einladen von Autos gestattet.

Hd. Germersheim, 26. Okt. Gestern morgen um 1/7 Uhr rannte ein Dampfer, der mit zwei Anhängern von Berg kam, mit voller Wucht gegen die geschlossene Schiffbrücke und riß drei Glieder mit, so daß für ungefähr sechs bis acht Wochen die Schiffbrücke für jeglichen Verkehr unpassierbar ist.

Hd. Landau, 25. Okt. Am Mittwochabend wurde ein junges Mädchen aus Edenloben, das in Begleitung eines jungen Mannes in Erwartung der elektrischen Oberlandbahn in der Nähe einer Haltestelle bei den Ortsanlagen sich befand, von drei algerischen Schützen, Angehörigen der Landauer Besatzungsgarnison, überfallen und am Hals gewürgt. Sie konnte sich durch einen Faustschlag befreien und flüchtig gehen. Die deutsche Polizei wurde sofort verständigt, die gemeinsam mit den französischen Behörden nach den Tätern fahndete. Diese Fahndung hatte jedoch nur den Erfolg, daß man einen Schuh des Mädchens wiederfand, den es auf der Flucht verloren hatte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Okt.		25. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.08	168.42	168.07	168.41
Kopenhagen 100 Kr.	111.80	111.02	111.78	112.00
Napoli . . . 100 L.	21.955	21.995	21.965	22.005
London . . . 1 Pf.	20.334	20.374	20.334	20.374
New York . . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.375	16.415
Schwiz . . . 100 Fr.	80.66	80.82	80.67	80.83
Wien 100 Schilling	59.98	60.10	59.965	59.085
Prag . . . 100 Kr.	12.425	12.445	12.428	12.448

Wetternachrichtenblatt der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Eine neue Tiefdruckrinne ist weiter südlich nach England vorgestoßen und hat den Hochdruckkern über dem Festland teilweise abgebaut. Weitere Wärmeluftmassen ziehen vom Ozean heran, ihnen voraus ein ausgedehntes Regengebiet über Frankreich. Die kurze Trockenperiode der letzten Tage wird daher voraussichtlich heute beendet sein. Wetterausblick: Anhaltend mild, zeitweise wolfig und strichweise Regen bei auffrischenden Südwestwinden.

Verschiedenes

Die Kölner Verbrecherschlacht

Der Raubmörder Johann Seidger, der am Donnerstag vormittag nach schwerem Belagerungskampf in Köln festgenommen wurde und dabei mehrfache Verletzungen davontrug, ist abends gegen 8 Uhr an Herzschwäche gestorben. Der bei der Belagerung des Raubmörders schwer verwundete Polizeioberwachmeister und Offizieranwärter Maindom ist abends gegen 10 Uhr seinen Verletzungen erlegen. Das Schuldkonto der Gebrüder Seidger hat sich damit auf vier Todsopfer, einen Zivilisten und drei Polizeibeamte, erhöht. Donnerstag nacht fand die feierliche Beisetzung des erschossenen Kölner Kriminalkommissars Vollmer auf dem Friedhof in Wülheim statt. Bei der Trauerfeier waren die Spitzen der Behörden und zahlreiche Angehörige der Kriminalpolizei und der Schutzpolizei anwesend. Ebenso nahm die Bevölkerung in großer Zahl an der letzten Ehrung für den im Dienst gestorbenen Beamten teil.

Von einem Firsch angefallen und getötet

pr. Berlin, 26. Okt. (Tel.) Auf dem Rittergut Lieben bei Dorpen wurde ein 60jähriger Invalide beim Betreten eines Wildparks, in dem er die Fütterung besorgte, von einem Firsch angefallen und getötet.

Dachstuhlbrand der Kathedrale in Tournai

WTB. Tournai, 26. Okt. (Tel.) Ein Großfeuer entstand im Dachstuhl des großen Schiffes der hiesigen Kathedrale und zerstörte den Dachstuhl in einer Länge von 70 Meter. Es wird angenommen, daß der Brand auf Unvorsichtigkeit von Klempnern, die mit Dachreparaturen beschäftigt waren, zurückzuführen ist.

Tödlicher Unfall auf dem Kreuzer „Berlin“

WTB. Berlin, 26. Okt. (Tel.) Wie aus Sabang gemeldet wird, kam während des dortigen Aufenthalts des Kreuzers „Berlin“ ein Mann der Besatzung bei der Vornahme von Reparaturarbeiten mit dem offenbar schadhaft gewordenen Zulieferungsabel der Arbeitslampe in Berührung und wurde durch den Strom getötet.

Geschäftliches

Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz

In welchem der Badische Frauenverein und der Landesverband Badischer Männerhilfsvereine vereinigt sind, veranstaltet in diesem Jahre in Gemeinschaft mit dem Badischen Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge eine Lotterie. Jedermann kennt die Ziele, die diese Verbände schon seit Jahren zum Wohle unseres Volkes anstreben. Die Ziehung findet garantiert ohne Verlegung am 9. November statt. Es werden insgesamt 25 000 Reichsmark Geldgewinne bei ohne Abzug verlost. Hauptgewinne 10 000 Reichsmark, Lose zu 1 Reichsmark sind bei unserem Lotteriemanager F. Stürmer, Mannheim, und allen Lotteriegeschäften zu haben. Soffentlich ist einer unserer Leiter der glückliche Gewinner des Haupttreffers.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 27. Oktober bis 6. November 1928

a) Im Landestheater:

- Samstag, 27. Oktober.** * B 6. Th.-Gem. 701—800. Zum erstenmal: Das Leben König Eduards II. von England. Historie von Marlowe. 19½ bis nach 22¼ (5 RM).
- Sonntag, 28. Oktober.** A 6. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Lohengrin, von Wagner. 18 bis gegen 22 (8 RM).
- Montag, 29. Oktober.** * G 6. Th.-Gem. 1101—1200. Armida. Oper von Glud. 20 bis 22 (7 RM).
- Dienstag, 30. Oktober.** Außer Riete. Balletabend: Uraufführung Luzifer, von Fürstentau. Musik von Malipiero. 20 bis 22 (4 RM).
- Mittwoch, 31. Oktober.** V. B. 13. Und das Licht scheint in der Finsternis. Drama von Tolstoi. Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19½ bis nach 21¼ (5 RM).
- Donnerstag, 1. November.** * D 7 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 101—200. Lannhäuser, von Wagner. 18½ bis nach 22 (8 RM).
- Freitag, 2. November.** Geschlossene Vorstellung für die Volkshöhne. Schinderhannes. Schauspiel von Sudmayer. 19½ bis nach 22¼.
- Samstag, 3. November.** * C 7. Th.-Gem. 801—900 und 1201 bis 1250. Das Leben König Eduards II. von England. Historie von Marlowe. 19½ bis nach 22¼ (5 RM).
- Sonntag, 4. November.** Nachmittags: Zweite Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Hoffmanns Erzählungen. Oper von Offenbach. 15 bis 17¼ (4 RM).
- Abends: * C 7. Th.-Gem. 1401—1500. Armida. Oper von Glud. 19½ bis 21¼ (8 RM).
- Montag, 5. November.** Th.-Gem. 201—300. 3. Sinfoniekonzert. Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips. Solist: Professor Arthur Schnabel. 20 bis 22 (5 RM).
- Dienstag, 6. November.** * A 7. Th.-Gem. 1351—1400. Kaskada, 4. Mai. Schauspiel von Feuchtwanger. 20 bis nach 22¼ (5 RM).

b) Im Städtischen Konzerthaus:

- Sonntag, 28. Oktober.** * Zum erstenmal: Die Frau, die jeder sucht. Lustspiel von Firscheid. 19½ bis 22 (4,10 RM).
- Sonntag, 4. November.** * Die Frau, die jeder sucht. Lustspiel von Firscheid. 19½ bis 22 (4,10 RM).

c) Auswärtiges Gastspiel:

- Mittwoch, 31. Oktober.** In Pforzheim: Der Rosenkavalier.
- Freitag, 2. November.** In Baden-Baden: Der Troubadour.
- Dienstag, 6. November.** In Landau: Der Rosenkavalier.

Umtausch für Inhaber von Blockfesten Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Die Novemberrate (Platzmiete) kann vom 2. bis 5. November an der Vorverkaufsstelle des Bad. Landestheaters einbezahlt werden. Ab 6. November Hauseingang.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritsch Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Musikalienhandlung des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. — Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 20, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
 Samstag, den 27., bis Mittwoch, den 31. Oktober, jeweils 20.15 Uhr
 Samstag und Mittwoch auch 16 Uhr
 Sonntag, den 28. Oktober, nur 16 Uhr
Zwei Erstaufführungen
Kultur und Wildnis
 Aus Brasiliens Städten und Urwäldern und
Turider Wanderlappen
 Eine Geschichte aus dem hohen Norden
 Musikbegleitung
 Kartenvorverkauf: 3.34
 Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße.

Gebart 1929
 Jahrbuch für das Badnerland
 Eugen Fischer, Volk und Heimat
 Otto Hoerth, Oberbadische Maler des 19. Jahrhunderts
 Jobeleh, Bruchsaler Musik im 18. Jahrhundert
 Dichtungen von Emil Belzner, Friedrich Singer, Toni Rothmund
 Unveröffentlichte Federer-Briefe
 Beiträge von Anton Fendrich, Max Walter u. a.
 Badische Schnurren und Anekdoten und viele Bilder
 Notenbeilage: Hans Thoma-Abschiedsgruß, Opus 21 von Franz Philipp

Humor, Mundart, lyrische und epische Dichtung, Kunst und Musik, Volksbräuche und Religion der Südwalden
 Über 80 Beiträge auf 116 Seiten, Gr. 8°, mit vielen teils ganzseitigen Bildern
 Preis nur 3 RM.

Verlag G. Braun, Karlsruhe

Ablösungsanleihe des Kreises Heidelberg.
 Bei der am 19. Oktober d. J. für das Jahr 1928 stattgefundenen Verlosung wurden folgende Auslosungsscheine gezogen:
 Nr. 28, 34, 40, 52, 67, 99, 159, 188, 220, 228, 284, 296, 328, 337, 396.
 Die gezogenen Auslosungsscheine werden vom 31. Dezember d. J. ab mit je 87,50 RM. und 5% Zins für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1928 mit je 13,13 RM. abzüglich 10% Kapitalertragsteuer, zusammen mit je 99,32 RM. eingelöst. Die Scheine sind mit den zugehörigen Schuldverschreibungen der Ablösungsanleihe jeweils Ablösung porto- und speifenfrei an die **Kreisbank Heidelberg**, Kaiserstr. 1 einzulösen. Keine Restanten. Nr. 940
 Heidelberg, den 22. Oktober 1928.
 Der Kreisrat.

Stadtkasse Baden-Baden.
 Bei der Stadtkasse Baden-Baden ist die Stelle eines **Buchhalters (Finanzoberinspektor)** alsbald zu besetzen.
 Die Anstellung erfolgt im Beamtenverhältnis mit Einrechnung vorerst in Gruppe IX der Stadtbefolgsordnung. Der Bewerber muß Organisations-talent besitzen und befähigt sein, späterhin der umfangreichen Buchhaltung als Abteilungsleiter vorzustehen.
 Nur im öffentlichen Kasfen- und Rechnungswesen durchaus erfahrene Bewerber mit erfolgreicher Tätigkeit auf diesem Gebiete, welche die staatliche Prüfung für den gehobenen mittleren Finanzverwaltungs- und Rechnungsdienst bestanden haben, wollen ihre Gesuche unter Angabe der Gehaltsansprüche und des möglichen Zeitpunktes des Dienstbeginns bis spätestens **5. November 1928** anher einreichen.
 Persönliche Vorstellung ist nur auf besondere Anforderung erwünscht. Nr. 31

G. BRAUN
 VORM. G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
 G. M. B. H. KARLSRUHE KARL FRIEDRICH-STR. 14 FERTIGT
DRUCKSACHEN
 aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private. Kurze Lieferfristen. Mäßige Preise.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
 Kaiserstraße 132
 Spezialhaus für 996
Bilder u. Einrahmungen
 Gute Ausführung bei billigster Berechnung
 Große Auswahl

Schlaget
 finden Sie bei uns in Preis und Qualität. Wer klug ist kauft darum Herren-Damen-Kinder Bekleidung auf Teilzahlung bei uns Beamte ohne Anzahlung 8 Monats-Raten
 Deutsche Bekleidungsgesellschaft
 m. b. H. Karlsruhe, Kronenstr. 40

Badisches Landestheater
 Samstag, 27. Oktober * B. G. Th.-Gem. 701-800.
 Zum ersten Mal
Das Leben König Eduards II. von England
 Historie von Karlowe Mitwirkende: Ernsth, Baumbach, Vortfeldt, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Siecl, Höder, Just, Kienischer, Kloeble, Mehner, Prüter, Schneider, Schulze, v. d. Trent.
 Anfang 19%, Ende n. 22% Preis A (0,70-5,00 RM.).
 So., 28. Okt., Vohengrin.
 Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Die Frau, die jeder sucht. Mo., 29. Okt., Armida. Di., 30. Okt., Balletabend.

COLOSSEUM
 Täglich 8 Uhr abends
 Die lachende REVUE
Freut Euch des Lebens
 Öffentliche Zustellung einer Klage.
 Nr. 941. Offenb. Rechtsanw. Leonhard in Offenb. klagt gegen den Bankbeamten Gustav Schilling, wohnhaft zuletzt in Bengelbach, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, wegen Forderung für anwaltschaftliche Vertretung mit dem Antrag, den Beklagten zur Zahlung von 221,60 RM. nebst 8% Zins vom Tag der Klageaufstellung und der Kosten zu verurteilen u. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Bad. Amtsgericht Offenb., Zimmer Nr. 17, auf Donnerstag, den 6. Dez. 1928, vormittags 9 Uhr, geladen. Offenb., den 24. Oktober 1928.
 Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle d. Amtsgerichts III. Achem. Nr. 932
 Güterrechtsregistertrag Band II, Seite 368. Winkler, Alfred, Obsthändler zu Achem, und Katharina geb. Hobapp. Vertrag vom 13. Okt. 1928. Gütertrennung. Achem, den 19. Okt. 1928. Bad. Amtsgericht.

Bezirkssparkasse Gottmadingen
 Öffentliche Verbandssparkasse.
 Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Aktienkapitalien:		1. Guthaben der Einleger:	
a) Darlehensgegenl. Hypothek	528 108,14	a) Spareinlagen	782 520,03
b) Darlehen an Gemeinden	24 284,58	b) Giroeinlagen	139 322,90
c) Betriebskapital bei der Girozentrale	18 251,00	2. Anleihenkapitalien und sonstige Kapitalschulden (Guthaben der Kunden in laufender Rechnung)	74 875,53
d) mündelsichere Wertpapiere	24 488,—	3. aufgeweckte Spareinlagen (17 1/2 %)	497 219,29
e) Grundstückskaufgelder	81 486,30	4. Aufwertungs-Abrechnungsfondo	7 514,77
f) Darlehen in laufender Rechnung an Private	207 356,34	5. Rücklagen	24 346,04
g) an Banken, Girozentralen und Postsparkassenamt	12 784,11	6. Reingewinn 1927	8 349,07
h) Darlehen an Private gegen Schuldschein	119 340,53		
i) Wechselanleihen	27 731,—		
2. Aufgewert. Forderungen	504 734,06		
3. Einnahmerückstände	28 992,49		
4. Einrichtungsgegenstände	4 000,—		
5. Kassenvortrag auf 31.12.27	7 590,99		
Summe	1 534 147,63	Summe	1 534 147,63

Gewinn- und Verlustrechnung.

Kosten.	RM	Ertrag.	RM
1. Zinsen für Einlagen und andere Schulden	42 019,14	1. Zinsen von Kapitalien u. anderen Forderungen	68 690,72
2. Auf die Verwaltung	16 122,16	2. Sonstige Einnahmen	1 661,67
3. Sonstige Ausgaben	5 185,02	3. Zunahme des Inventarwerts	3 000,—
4. Kursverlust auf Wertpapieren	1 667,—		
5. Reingewinn	8 349,07	Summe	73 342,39
Summe	73 342,39		

Gottmadingen, den 25. Oktober 1928.
 Die Verwaltung. 9.987

Städtische (Öffentliche) Sparkasse Oberkirch
 Bilanz auf 31. Dezember 1927

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
1. Kassenbestand	11 915,51	1. Spareinlagen	1 296 546,15
2. Bei Girozent. u. Banken	95 423,72	2. Giroeinlagen	90 366,69
3. Wertpapiere	1,—	3. Aufgew. Spareinlagen	766 006,92
4. Wechsel	50 146,98	4. Vorüberh. Zinsen	300,—
5. Darlehensaufhypotheken	713 600,—	5. Ausgaberrückstände	2,40
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	134 505,79	6. Rücklagen	117 203,30
7. Darlehen auf Schuldschein	234 130,—	7. Reingewinn im Jahre 1927	3 680,20
8. Darlehen an Gemeinden	10 625,—		
9. Sonstige Kapitalanlagen	107 549,59		
10. Aufwertungskapitalien	488 479,19		
11. Aufwert.-Abrech.-konto	277 152,69		
12. Einnahmerückstände	40 422,44		
13. Stückzinsen	21 304,06		
14. Grundstücke u. Gebäude	80 432,—		
15. Gerätschaften	8 417,70		
Summe	2 274 105,66	Summe	2 274 105,66

Berechnung der Rücklage:
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 1 386 912,84 RM Einlagen = 110 952,96 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 120 883,50 RM
 Somit mehr = 9 930,54 RM
 Oberkirch, den 16. August 1928. 9.938
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
 Zellhauer. Frühe.

Druck G. Braun, Karlsruhe